

**Haus der Begegnung**  
Großenhainer Straße 93  
01127 Dresden

**Jacqueline Muth**

**Jens Matthis**

**Stadtvorsitzende**

**DIE LINKE Dresden**

Telefon 0351 - 8583801

Telefax 0351 - 8583802

kontakt@dielinke-dresden.de

www.dielinke-dresden.de

Ostsächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE94850503003120171416

BIC: OSDDDE81XXX

Auch Spendenkonto

DIE LINKE. Dresden, Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden

**21.09.2022**

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Wir laden Dich recht herzlich zum **Stadtparteitag** ein. Dieser findet als  
Gesamtmitgliederversammlung

**am Sonnabend, dem 8. Oktober 2022 von 10:00 bis ca. 14:30 Uhr**  
**im Neuen Rathaus Dresden, Dr.- Kütz- Ring 19, Plenarsaal und Festsaal** statt.

Tagesordnung:

1. Bericht zur politischen Situation
2. Bericht zur Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat und zum Stand der Beigeordneten-Wahlen
3. Wahlen
  - 3.1. Wahl Landesparteitagsdelegierte 2023/2024 (22 Delegierte, mindestquotiert)
  - 3.2. Wahl der Vertreter:innen im Landesrat 2023/2024 (4 Vertreter:innen, mindestquotiert)
4. Antragsberatung (Diskussion und Beschlussfassung)

Der Einlass beginnt **9:30 Uhr**. Der Veranstaltungsraum ist barrierearm.

Die Kinderbetreuung wird gewährleistet. Bitte melde Dich zuvor in der Geschäftsstelle, wenn Du eine Kinderbetreuung benötigst.

Es würde uns bei der Vorbereitung sehr helfen, wenn Du eventuelle Anträge/Änderungsanträge bzw. die Absicht zu einer Kandidatur unter den TOP 3 bis Donnerstag, den 06.10. in der Geschäftsstelle anzeigst bzw. schriftlich einreichst. Das ist keine Ausschlussfrist.

Wir freuen uns auf Deine Teilnahme und verbleiben mit solidarischen Grüßen

Jacqueline Muth

Jens Matthis

Der Stadtvorstand hat in einer Sondersitzung am 19.09. beschlossen, Euch als Diskussionsgrundlage für den Parteitag diesen Beschlussentwurf auszureichen.

### **Beschlussentwurf des Stadtvorstandes für den Stadtparteitag am 8.10.2022**

Der Stadtverband Dresden ist tief betroffen angesichts der aktuellen Entwicklungen in unserer Partei. Immer häufiger wird von Spaltung geredet oder- noch dramatischer- einer Spaltung das Wort geredet. Und das nicht nur von einzelnen Mitgliedern oder von Medien, sondern von einigen prominenten Amts- oder Mandatsträger:innen der Partei selbst. Das stellt eine neue Qualität der Zuspitzung dar.

Wir stellen fest, dass unsere Partei mit den ansteigenden Flucht- und Migrationsbewegungen, mit den gesellschaftlichen Veränderungen rund um die Corona-Pandemie und dem damit zusammenhängenden staatlichen Handeln, am stärksten aber mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Prozessen und Versorgungskrisen vor Herausforderungen und Konflikte gestellt wurde, auf die sie programmatisch und strategisch nicht vorbereitet war.

Wir unterstützen mit Nachdruck den offenen Brief der beiden Landesvorsitzenden und des Landesgeschäftsführers an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion unserer Partei. (siehe Anlage). Beiden Gremien kommt zweifellos eine besondere Verantwortung für einen konstruktiven Umgang mit den bestehenden Konflikten zu. Dennoch sind wir uns im Klaren, dass die Verantwortung für die Situation der Partei nicht ausschließlich an die Bundesebene adressiert werden kann. Die den Konflikten zugrundeliegende Unterschiede und Gegensätze hinsichtlich der Vorstellungen über die richtige Strategie und das richtige Handeln einer linken Partei in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise durchziehen die Partei über unseren Landesverband, unseren Stadtverband bis in jeden Stadtbezirksverband.

Die diametral gegeneinander stehenden Unterschriftensammlungen und Petitionen zu Sahra Wagenknechts jüngster Rede im Deutschen Bundestag fanden jeweils zahlreiche Unterstützer:innen in unserem Stadtverband, darunter auch viele mit Amt oder Mandat. Allein das deutet darauf hin, dass es keine einfachen Lösungen geben wird. Auch Beschlüsse von Parteivorständen und selbst von Bundesparteitagen konnten zwar eine Mehrheitsposition zum Ausdruck bringen, aber sie konnten die innerparteilichen Diskussionen nicht beenden und die innerparteilichen Konflikte nicht befrieden.

Möglicherweise gibt es inhaltliche und strategische Widersprüche in unsere Partei, die sich auch in den nächsten Jahren nicht lösen lassen. Unabhängig davon ist es ein Gebot der Erfahrung und der Vernunft, die einzige parlamentarische relevante Partei links von SPD und Grünen nicht zu zerstören und nicht zu marginalisieren. Sie wäre auf Jahrzehnte nicht ersetzbar. Dabei wird sie in den aktuellen sozialen Krisen mehr gebraucht denn je.

Wir bitten deshalb alle Mitglieder der Partei im Stadtverband, alles zu tun, was zum Erhalt der Partei beiträgt und alles zu unterlassen, was diesen Erhalt gefährdet. Wir wollen sowohl auf unseren Stadtparteitagen, als auch darüber hinaus in unterschiedlichen Veranstaltungen Foren schaffen, um die unterschiedlichen Ansätze, aber auch die daraus resultierenden Schwierigkeiten im Umgang miteinander offen miteinander zu diskutieren. Wir werden vor allem aber auf der Straße den Widerstand gegen die sozialen Zumutungen organisieren. Dafür brauchen wir uns alle.